



Journal der  
Politisch-  
Militärischen  
Gesellschaft

Nr. 23  
August  
2005

Herausgegeben vom Vorstand  
der Politisch-Militärischen Gesell-  
schaft e.V. in Berlin

ISSN 1436-3070

## LEADOFF

### Liebe Mitglieder,

Die jüngsten Terroranschläge in London haben vielen von uns ins Bewusstsein gerückt, dass sich der internationale Terrorismus nicht nur an unseren Urlaubsorten, sondern vielmehr mitten unter uns eingerichtet hat. Dies hat Konsequenzen für alle, die sich damit auseinandersetzen – auf der Erkenntnisseite und auf der Handlungsseite, technologisch und konzeptionell, wirtschaftlich und ethisch, rechtlich und politisch. Schon jetzt ist klar: ein Zauberwort heißt "Vernetzung", ein weiteres "Delegitimierung". Die folgenden Beiträge liefern hierzu Analysen und Empfehlungen.

*Ralph Thiele ist Gründungsvorsitzender der pmg*

### In dieser Ausgabe

#### **1 Ein Neuanfang in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus**

von Major Johann Schmid

#### **7 Sicherheit für Deutschland**

von Dr. Heiko Borchert

#### **12 Felix Germania**

von *atlanticus*

## THEMEN

### **Ein Neuanfang in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus**

#### **1. Der internationale Terrorismus als strategische Herausforderung**

*Sicherheitspolitische Herausforderung*

Der internationale Terrorismus stellt gegenwärtig für den Westen

die zentrale sicherheitspolitische Herausforderung dar. Die "grand strategy" der USA ist in diesem Zusammenhang nahezu ausschließlich auf die Bedrohung durch den Terrorismus fixiert. Obwohl die Bedrohungsperzeption in Europa eine andere ist, wird auch hier der internationale Terrorismus als Gefahr durchaus ernst genommen.

*Transatlantische Herausforderung*

Vor diesem Hintergrund, gesteigert durch das Risiko, dass Terroristen irgendwann auch die Verfügungsgewalt über Massenvernichtungsmittel erlangen könnten, muss die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus als gemeinsame transatlantische Herausforderung und Aufgabe verstanden werden. Alle Mittel und Möglichkeiten der "westlichen Gemeinschaft" müssen daher genutzt werden, um dem Streben der "terroristischen Internationale" Einhalt zu gebieten. Der transatlantische Verbund ist hierbei als Mittel und Möglichkeit zu sehen, diese Herausforderung gemeinsam wirksamer und effizienter bewältigen zu können, als dies DEU, Europa oder die USA jeweils im Alleingang könnten.

*Islamistischer Terrorismus*

Wenn im Folgenden der Fokus auf den internationalen islamistischen Terrorismus (IIT) gelegt wird, so soll damit nicht außer Acht gelassen werden, dass es auch andere Formen von Terrorismus gibt. Von weltweit strategischer Bedeutung ist gegenwärtig jedoch nur der islamistisch geprägte, weil dieser im Gegensatz zu allen anderen Formen sowohl geographisch als auch hinsichtlich der Radikalität seiner Ziele und Mittel nahezu schrankenlos ist. Mit dem 11. September hat er einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel herbeigeführt, der ihn zum strategischen Akteur erhob.

*Islam / Islamismus*

Um einem "Kampf der Kulturen" nicht das Wort zu reden, ist es wichtig, den Islamismus klar vom Islam insgesamt zu unterscheiden. Der Islamismus ist hierbei als eine Ideologie zu verstehen, welche die Religion des Islam für

ihre politischen Zwecke instrumentalisiert und Versatzstücke dieses Glaubens insbesondere zur Legitimierung von Terror und Gewalt missbraucht.

### Asymmetrisches Kriegsbild

Kennzeichnend für die Auseinandersetzung mit dem IIT ist die asymmetrische Art ihrer Austragung in Verbindung mit direkten Angriffen auf die moralische Potenz des Gegners. Offene demokratische Gesellschaften mit starker Medienmacht sind durch derartige Attacken besonders gefährdet, da ihr politischer Entscheidungsfindungsprozess in starkem Maße von der öffentlichen Meinung abhängt. Die Berichterstattung über den "Krieg" ist in diesem Zusammenhang längst zu einem entscheidenden Mittel seiner Führung geworden. Das Wesen von Asymmetrie in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus besteht in der Nichtfassbarkeit seiner Akteure, die sich in einer zu schützenden Bevölkerung verstecken können wie "Fische im Wasser" (Abbildung 1). Dies macht sie nur schwer angreifbar und verleiht ihnen damit ihre besondere Stärke. Abschreckung als strategisches Prinzip verliert gegen einen solchen Gegner einen Großteil seiner Wirksamkeit. Zudem wurden die Möglichkeiten zur Gewaltausübung durch Einzelakteure oder Kleingruppen mit

dem technischen Fortschritt und den Errungenschaften der Globalisierung dramatisch gesteigert. Der IIT muss daher als neue strategische Herausforderung betrachtet werden und erfordert daher auch eine strategische Antwort.

### Medien

Die Medien sind Ziel und Verstärker der Wirkung terroristischer Anschläge. Sie bieten den Akteuren des internationalen Terrorismus eine geeignete Plattform für die Verbreitung ihrer professionell inszenierten "Botschaften" und üben insbesondere mit Bildern einen enormen Einfluss auf Politik und Gesellschaft bis hin zur politischen Willensbildung aus. Die von ihnen angestrebte, politisch verwertbare, psychologisch/symbolische Wirkung könnte ohne entsprechende mediale Resonanz kaum zur Geltung kommen.

Verantwortliche Berichterstattung und gegebenenfalls Selbstbeschränkung der Medien ist daher im Hinblick auf die weltweite Auseinandersetzung mit dem IIT von enormer Bedeutung. Im Rahmen eines umfassenden Verständnisses von Sicherheit sollte daher eine Debatte, gegebenenfalls im Zusammenhang mit einer gesamtgesellschaftlichen Wertediskussion, angeregt werden, wie diese mediale Selbstverantwor-

tung im Hinblick auf die strategische Herausforderung durch den internationalen Terrorismus wahrgenommen werden kann.

## 2. Stand der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus

### Zwei sicherheitspolitische Paradigmenwechsel

Die globale sicherheitspolitische Lage wird gegenwärtig in starkem Maße durch das Auftreten des IIT geprägt. Der durch diesen herbeigeführte Paradigmenwechsel wurde bisher in erster Linie von den Angelsachsen, insbesondere den USA, erkannt und in konzeptionelles und praktisches Handeln implementiert. Insbesondere DEU, aber auch die anderen Staaten Kontinentaleuropas sind demgegenüber noch in starkem Maße damit beschäftigt, die Konsequenzen aus dem strategischen Paradigmenwechsel von 1990 zu ziehen.

### Offensive US - Strategie

Die starke Betroffenheit der USA durch den IIT hatte einen fundamentalen Wandel ihrer "Grand Strategy" zur Folge. Dieser manifestiert sich in einer proaktiven und offensiven Ausrichtung der US-amerikanischen Sicherheitspolitik und wird in einer veränderten Terminologie offensichtlich. So sprechen die USA von einer offensiven/defensiven Ära, erheben die Forderung nach einer proaktiven Außen- und Sicherheitspolitik und betrachten Präemption als Form einer antizipatorischen, aktiven Verteidigung. Die Grenzen von "Containment" als dem bisher grundlegenden Konzept amerikanischer Sicherheitspolitik wurden damit weit überschritten. Dass ein solch fundamentaler Wandel in der strategischen Ausrichtung eines Partners nicht ohne Folgen für das transatlantische Verhältnis bleiben konnte, steht außer Frage.

### Relativierte Bedeutung von Bündnissen

Der aufgezeigte Wandel in Verbindung mit den realen Handlungsmöglichkeiten des hegemo-

Abbildung 1: Der soziale Kontext des Terroristen („Pyramidenmodell“)



#### Wichtig:

- Terrorakteure agieren nicht im luftleeren Raum!
- Die Bedeutung des sozialen Kontextes, in dem sie handeln darf nicht unterschätzt werden!
- Dies muss in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus entsprechend berücksichtigt werden!

nial agierenden Amerika führte zu einer relativierten Bedeutung von Bündnissen in der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere dann, wenn es um Initiativfähigkeit und aktives Handeln und nicht nur um deklaratorische Politik geht. Ursachen dafür sind, neben klaren Defiziten im Fähigkeitsprofil<sup>1</sup> von NATO und EU, in erster Linie das Fehlen eines gemeinsamen politischen Willens unter den jeweiligen Mitgliedstaaten. Eine Änderung dieses Zustandes könnte durch eine transatlantische Harmonisierung der Bedrohungsperzeption unterstützt werden.

#### *Europa als sicherheitspolitischer Akteur*

In diesem Kontext ist die Weiterentwicklung Europas zu einem eigenständigen sicherheitspolitischen Akteur als besondere Herausforderung auch für das transatlantische Verhältnis zu betrachten. Der Wahrnehmungsunterschied hinsichtlich der Bedrohung durch den IIT darf hierbei nicht zum trennenden Element werden. Vielmehr gilt es, diese Bedrohung als gemeinsame Herausforderung zu begreifen und als Anstoß für eine enge Koordination und Zusammenarbeit mit den USA zu nutzen. Eine enge transatlantische Abstimmung und wo möglich und sinnvoll, auch eine entsprechende Arbeitsteilung in Sicherheitsfragen zwischen USA, NATO und EU, sind ein Gebot der Vernunft. Sie tragen dazu bei, nicht nur kostspielige Duplizierungen oder Handlungsunfähigkeit in Folge von Kompetenzwirrwarr zu vermeiden, sondern insbesondere auch den politischen Willen Amerikas zu erhalten, unverändert auch langfristig für die Sicherheitsinteressen Europas einzustehen.

#### *Schutz vor Terrorismus*

Es ist ein Wesensmerkmal von Terrorismus, dass es für einen Staat oder eine Gesellschaft (so auch für Deutschland) schlechterdings keinen Schutz gegen ihn gibt und geben kann, weil zum

einen alle Bestandteile einer Gesellschaft zu potentiellen Angriffszielen geworden sind (und man verständlicherweise nicht alles schützen kann) und sich zudem der terroristische Gegner teilweise unerkannt in den "eigenen Reihen" befindet, wie die Anschläge von London deutlich gemacht haben. Das bedeutet jedoch nicht, dass es nicht sinnvoll und notwendig ist, Vorbereitungen und Schutzmassnahmen zu treffen. Dieser Tatsache gilt es ins Auge zu sehen und sie staatlicherseits auch der Bevölkerung zu vermitteln.

Kennzeichnend für die Situation in Deutschland ist die gegenwärtig nicht vorhandene Vorbereitung unserer gesamten Gesellschaft auf Terroranschläge im eigenen Land. Insbesondere die vollständige "Nichtvorbereitung" diesbezüglich auf der psychologisch / mentalen Ebene stellt ein potentielles Risiko dar. Dies betrifft sowohl die Bevölkerung, die politische Führung und ihre Institutionen, als auch insbesondere die Medien. Daher stellt sich die Frage, inwiefern unserer Bevölkerung, den politisch Verantwortlichen und den Medien klar ist, dass Schwäche provoziert und dass kleinste Anzeichen, erpressbar oder beeinflussbar zu sein, die Gefährdung durch Terrorismus enorm erhöhen können?

#### *Militärische Maßnahmen*

Eine geeignete Antwort auf die aktuelle, asymmetrische Bedrohung durch den IIT erfordert einen gesamtstaatlichen Ansatz, der neben politischen, nachrichtendienstlichen, polizeilichen und wirtschaftlichen u.a. auch militärische Maßnahmen umfassen muss. Dies findet in DEU seinen Ausdruck bereits in verschiedenen Einsätzen der Bundeswehr, u.a. in Afghanistan oder am Horn von Afrika. Entscheidend für den Erfolg derartiger Einsätze ist die Fähigkeit zu schneller, weltweiter Intervention auf der Grundlage netzwerkbasierter Operationsführung im multinationalen Rahmen und im Verbund aller Teilstreitkräfte. Daher ist der Transformationsprozess der Bundeswehr und in diesem Zusammenhang der Aufbau von Kapazitäten zur

vernetzten Operationsführung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Hierbei ist entscheidend, dass dieser Transformationsprozess kontinuierlich fortgesetzt und insbesondere auch auf asymmetrische Konfliktformen und Stabilisierungseinsätze ausgerichtet wird.

#### *Gesamtbewertung*

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit dem IIT ist festzuhalten, dass sich die bisherigen Ansätze, Maßnahmen und Konzepte, fast ausschließlich auf die Mittelebene der "Erscheinungsform" des Terrorismus beziehen (Abbildung 2). Die Verhinderung von Anschlägen und die Begrenzung ihrer Folgen sind dabei die zentralen Zielsetzungen. In diesen Kontext lassen sich auch die bisher ergriffenen militärischen Maßnahmen, u.a. der Beitrag der Bundeswehr, einordnen.

Trotz ihrer grundsätzlichen Notwendigkeit gehen derartige Ansätze nicht weit genug, da sie das "Wesen" des IIT unberücksichtigt lassen. Dies hat zur Folge, dass lediglich die "Symptome" des Phänomens nicht aber seine wahren Ursachen angegangen werden und damit ein nachhaltiger Erfolg nicht möglich ist.

Dieser Sachverhalt wird durch die Tatsache unterstrichen, dass es bisher keine brauchbare, international abgestimmte Definition von Terrorismus gibt. Die vorhandenen Ansätze in dieser Richtung, beispielsweise die Definitionsversuche von EU und VN, sind weitgehend ungeeignet, da auch sie sich fast ausschließlich auf die Mittelebene beziehen. Ein Akteursbezug wird dabei nicht hergestellt, die entscheidende indirekte psychologische Wirkung von Terroranschlägen ausgeblendet und die geistig/ideologischen Grundlagen des IIT vollständig unberücksichtigt gelassen.

Die Entwicklung einer international abgestimmten langfristigen Gesamtstrategie für die Auseinandersetzung mit der terroristischen Internationale ist auf der Basis eines derartigen Verständnisses nicht möglich. Es ist daher ein strategischer Neuansatz ge-

<sup>1</sup> Im Bereich der NATO ist dieses Defizit in ihrer Begrenztheit auf militärische Mittel zu sehen, während die Schwäche der EU ihre unterentwickelten militärischen Kapazitäten sind.

fordert. Dieser muss das "Wesen" des IIT in seiner ganzen Tiefe erfassen und dazu als Ausgangspunkt ein gemeinsames Grundverständnis entwickeln.

### 3. Neuansatz in der Auseinandersetzung mit dem internationalen (islamistischen) Terrorismus

#### 3.1. Begriffsverständnis / Definition

##### Grundverständnis

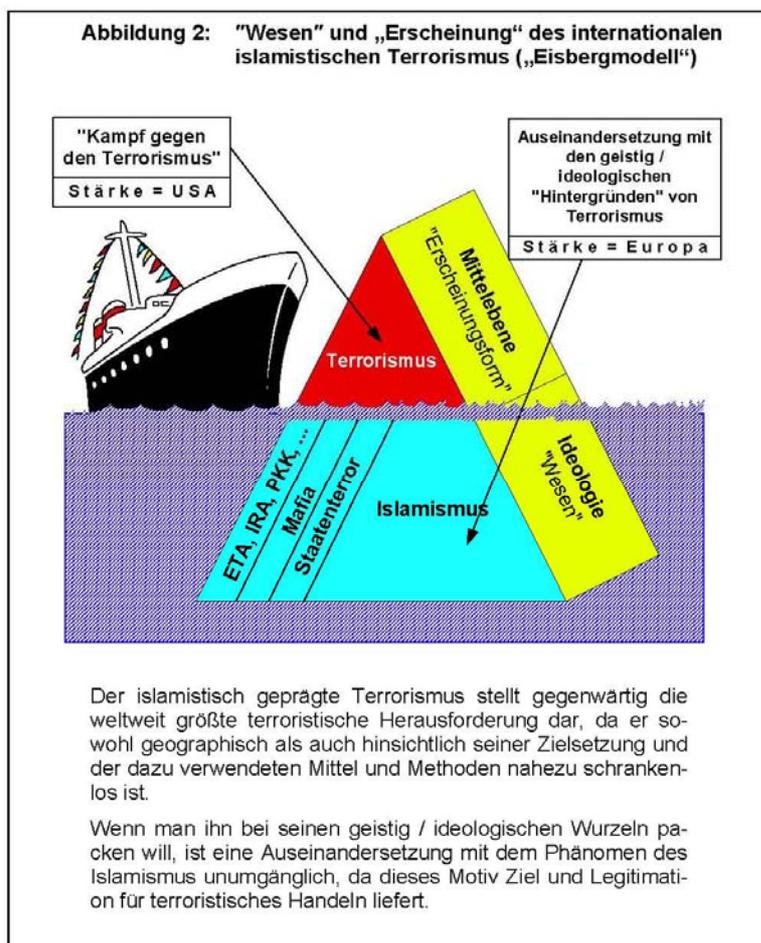
"Terrorismus" ist ein Begriff, zu dem eine Vielzahl von Definitionen existieren, welche sich mitunter an sehr verschiedenen Kriterien orientieren. Wichtiger als solche Definitionen ist daher ein zutreffendes Grundverständnis darüber, was Terrorismus ist und vor allem was Terrorismus nicht ist. Dies soll anhand folgender Überlegungen verdeutlicht werden:

"Akt der Gewalt" bezeichnet werden.

- Entscheidend ist zweitens, dass dieser "Akt der Gewalt" weniger auf eine direkte physische, als vielmehr auf eine indirekte psychische Wirkung ausgerichtet ist und unmittelbar die moralische Potenz des Gegners attackiert. Dementsprechend wird der Gewaltakt inszeniert und auf die Verbreitung eines Maximums an Angst, Schrecken und medialer Aufmerksamkeit hin optimiert. Die Medien werden in diesem Zusammenhang zum entscheidenden Mittel der Kriegführung.
- Durch dieses Vorgehen soll drittens der Gewaltakt für einen übergeordneten, meist "politisch / propagandistischen Zweck" verwertbar gemacht werden. Dieser Zweck wiederum entspringt i.d.R. einer geistig/ideologischen Grundlage (Ideologie) wie zum Bei-

und Vision genauso wie Begründung und Legitimation für terroristisches Handeln liefert (Abbildung 2).

- Aus dem bisher genannten folgt viertens, dass Terrorismus ein Mittel/eine Methode der Auseinandersetzung darstellt, mit der i.d.R. ein bestimmter übergeordneter Zweck verfolgt wird.
- Aus diesem Grund lässt sich hinsichtlich dessen, was Terrorismus nicht ist, festhalten, dass er weder als "Zweck an sich", vor allem aber nicht als "Akteur" verstanden werden darf.
- Daraus folgt, dass Terrorismus, gerade weil es sich hierbei um ein Mittel/eine Methode der Auseinandersetzung nicht aber um einen Akteur handelt, auch nicht "bekämpft" werden kann. Nur ein Gegner/Akteur kann "bekämpft" werden.<sup>2</sup>
- Das wiederum bedeutet, dass Begriffe wie "Krieg/Kampf gegen den Terrorismus" oder "Terrorismusbekämpfung" irreführend sind, weil hier bereits der Begriff als solcher fehlerhaft ist, und damit ein falsches Herangehen an das Phänomen geradezu provoziert wird.
- Abschließend lässt sich daher festhalten, dass jedes Denken, welches auf solchen Begrifflichkeiten basiert, nur in die falsche Richtung führen kann.



- Terrorismus kann zunächst in Anlehnung an die Clausewitz'sche Kriegsdefinition als

spiel dem Islamismus. Diese ideologische Grundlage ist von entscheidender Bedeutung, da sie Motivation, Ziel

##### Semantische Dimension

Gemäß dem Motto Moltkes - "Wer klare Begriffe hat kann führen!" - ist es für das weitere Verständnis wichtig, Formulierungen wie "Krieg / Kampf gegen den Terrorismus" oder "Terrorismusbekämpfung" (obwohl mittlerweile allgemein gebräuchlich) in ihrer Uneindeutigkeit zu erkennen und daher in sachlichen Diskussionen und bei der Erarbeitung strategischer Konzepte zu vermeiden. Als Arbeitsbegriff bietet sich statt-

<sup>2</sup> Besonders anschaulich verdeutlicht dies der ehemalige amerikanische Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, indem er die Bezeichnung „Kampf gegen den Terrorismus“ als genauso unsinnig bezeichnet, als wenn man 1940 von einem „Kampf gegen den Blitzkrieg“ und nicht gegen die Nazis gesprochen hätte.

dessen an, von einer "Auseinandersetzung mit dem internationalen (islamistischen) Terrorismus" zu sprechen, weil dadurch sowohl der Akteursbezug, als auch das geistig/ideologische Wesen des Phänomens erfasst werden, und der Begriff Auseinandersetzung nicht nur konfrontative, sondern auch "kooperative" Maßnahmen auf der Basis von Überzeugung und Legitimation im Rahmen möglicher Delegitimierungsstrategien mit einschließt.

### 3.2. Ansatzpunkt Islamismus

#### *Der Islamismus als Wesen der Herausforderung*

Aus der Erkenntnis, dass Terrorismus ein Mittel bzw. eine Methode zur Erreichung eines übergeordneten Zweckes ist, der seinerseits wiederum einer geistig / ideologischen Grundlage (Ideologie) entspringt, wird deutlich, dass eine isolierte Betrachtung dieses Phänomens auf der bloßen Mittelebene (also an der Oberfläche des Eisberges; vgl. Abbildung 2) nicht zielführend sein kann und allenfalls in der Lage dazu ist, einzelne "Symptome" der "Erscheinungsform" Terrorismus zu erfassen.

Für eine zutreffende Bewertung des Phänomens des IIT insgesamt ist es daher entscheidend, Islamismus und Terrorismus gemeinsam, insbesondere hinsichtlich ihrer vielfältigen und facettenreichen Zusammenhänge und Wechselwirkungen, zu betrachten und zu analysieren. Dabei ist hervorzuheben, dass Islamismus und Terrorismus letztendlich nichts anderes als die zwei Seiten einer Medaille sind, wobei der Islamismus das geistig / ideologische "Wesen" der Sache ausmacht, welches Motiv, Ziel, Begründung und Legitimation liefert, während der Terrorismus lediglich die "Erscheinungsform" eines seiner Mittel darstellt.

Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass Terror für den Islamismus nur eine (wenn auch die extremste) von verschiedenen Methoden darstellt, mit denen er seine Ziele verfolgt. Unterwanderung ist eine andere

("friedliche") Methode. Diese findet insbesondere im Bezug auf Europa Anwendung und nutzt die Schwächen westlicher Gesellschaften gezielt aus.

#### *Bedeutung der geistig / ideologischen Dimension in der Auseinandersetzung*

Da die entscheidende Herausforderung, die sich durch den IIT für die USA, Europa und den Westen insgesamt stellt, in einer "Idee" besteht, setzt der erfolgreiche Zugang zur Bewältigung dieser Herausforderung das Herangehen genau auf dieser geistig / ideologischen Ebene voraus. Dies ist der Kern der Herausforderung! Ein Ignorieren dieser Dimension kann daher nicht zielführend sein. Jedes auch noch so erfolgreiche Agieren auf anderen Ebenen (politisch, wirtschaftlich, humanitär, nachrichtendienstlich, polizeilich, militärisch, ...) bleibt letztendlich unzureichend, solange man die ideologische Auseinandersetzung mit dem Islamismus nicht erfolgreich bestreitet. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass genau hier die Akteure des Islamismus und Terrorismus, ihre Helfer, Mitläufer und Dulder erzeugt, generiert und programmiert werden. Nur wenn es gelingt hier einen Riegel einzulegen, ist es möglich den Strom immer neuer Akteure zu verringern und irgendwann vielleicht ganz zum Erliegen zu bringen.

### 3.3. Strategie der Delegitimierung

Es kommt in aller erster Linie darauf an, den Akteuren des internationalen Terrorismus ihre pseudoreligiöse, islamistische Motivations- und Legitimationsgrundlage systematisch zu entziehen. Der Islam darf nicht länger von Islamisten zur Legitimierung von Terror und Gewalt missbraucht werden können. Solange Terroristen wie Osama Bin Laden in weiten Teilen der islamischen Welt als Helden und Freiheitskämpfer verehrt werden, ist dieses Ziel nicht erreicht. Die Forderung der Stunde lautet daher Delegitimierung! Es muss eine wirksame Strategie zur geistig/ideologischen Delegitimierung des Islamismus, seiner Ziele und

Motive entwickelt und umgesetzt werden. Nur hier kann die Entscheidung über Erfolg und Misserfolg in der Gesamtauseinandersetzung letztendlich fallen. Gerade weil sich eine Operationalisierung dieser Zielsetzung aber schwierig gestaltet und ein Denken erfordert, das bisher allenfalls rudimentär entwickelt ist (im religiös geprägten Amerika immerhin etwas mehr als im säkularen Europa), muss sie mit aller Kraft, in einem ressortübergreifenden und international abgestimmten, ganzheitlichen Ansatz angegangen werden.

#### *Erster Schritt*

Erste und entscheidende Voraussetzung dafür ist es, die überragende Bedeutung dieses Sachverhalts überhaupt erst zu erkennen. Dass dies in weiten Verantwortungsbereichen bisher nicht der Fall ist, liegt u.a. daran, dass die Herausforderung durch den internationalen (islamistischen) Terrorismus an vielen Stellen nicht als eigenständige Thematik erkannt und entsprechend wahrgenommen wird.

#### *Zweiter Schritt*

Der zweite Schritt zur Operationalisierung der geistig/ideologischen Auseinandersetzung mit dem Islamismus kommt in einer Forderung zum Ausdruck, welche Samuel Huntington bereits 1993 in seinem Werk über den "Kampf der Kulturen" verdeutlicht hat. Demnach müsse der Westen ein tieferes Verständnis für die religiösen und philosophischen Grundlagen anderer Kulturen entwickeln. In diesem Sinne kommt es vor allem darauf an, in die geistig/religiös/ideologischen Denkstrukturen des Islamismus einzudringen, um damit seine Motivation, seine Ziele und Visionen genauso zu erfassen, wie das Empfinden von Islamisten, ihre Sichtweise der Welt, vor allem aber ihre Begründungs- und Legitimationsansätze für Terror und Gewalt.

#### *Dritter Schritt*

Ausgehend davon können dann in einem dritten Schritt konkrete Maßnahmen für eine Strategie

der Delegitimierung entwickelt und ausgearbeitet werden. Dass es dafür durchaus konkrete Ansatzpunkte gibt, soll an folgenden Beispielen verdeutlicht werden:

- Selbstmordattentäter könnten systematisch demystifiziert werden, indem man medial verdeutlicht, dass diese als sog. "Wegwerfgläubige" nur das ideologisch / psychologisch manipulierte "Kanonenfutter" des Islamismus darstellen. (Kein namhafter geistig/religiöser Führer des Islamismus war je unter ihnen!)
- Das Image von Djihadisten und deren Führungsfiguren könnte zerstört werden, indem man ihre kriminellen und keineswegs mit dem Islam konformen Machenschaften aufzeigt und verbreitet, und damit ihren selbstgeschaffenen Ruf als "Gotteskrieger" systematisch in Frage stellt. Ihr Missbrauch der Religion des Islam für ideologisch-kriminelle Aktivitäten muss den Muslimen in aller Welt schonungslos vor Augen geführt werden.
- Der vermeintlich religiösen Legitimation des bewaffneten Djihad muss systematisch der Boden entzogen werden, indem u.a. das Nichtvorliegen eines Angriffes auf die islamische Welt glaubhaft verdeutlicht wird.
- Der "Arab Human Development Report" könnte dazu genutzt werden, aufzuzeigen, dass der sozioökonomische Entwicklungsrückstand der arabischen Welt in erster Linie selbstverschuldet und nicht vom Westen verursacht ist.
- Das Gefühl einer beständigen Zurücksetzung/Demütigung könnte als besondere Befindlichkeit übersteigerter islamistischer Selbstwahrnehmung jeglichen Realitäts-sinnes entlarvt werden. Bei genauer (auch historischer) Betrachtung hätte manch andere Nation viel eher Grund sich "gedemütigt" zu fühlen. Mit Verweis auf vergangene Großreiche oder kulturelle Blütezeiten könnten in dieser Logik auch China, die Mongolen

oder Österreich die Welt mit Terror überziehen.

#### *Vierter Schritt*

Erst in einem vierten Schritt kann es schließlich darum gehen, eine Aufgabenverteilung vorzunehmen, zu einer interdisziplinären Abstimmung zwischen verschiedenen Ressorts und im internationalen Bereich zu kommen und entsprechende Organisationsstrukturen zu bilden. Hierbei ist es für die Sache selbst unerheblich, wer dabei welche Aufgabe übernimmt und die entscheidenden Impulse setzt. Wichtig ist nur, dass es geschieht und dass alle beteiligten "Akteure" in der Lage sind, die Bedeutung der Gesamtstrategie zu erfassen und sich in der Pflicht fühlen, in ihrem Sinne mitzuwirken.

Dies ist umso wichtiger, als es keine "natürliche" Zuständigkeit eines Ressorts oder einer Institution für die geistig/ideologische Auseinandersetzung mit dem Islamismus gibt und geben kann.

Ideologische Auseinandersetzung darf in diesem Zusammenhang nicht im aggressiven Sinne, sondern als eine aktive Kenntnisnahme, Berücksichtigung und Befassung mit dieser Dimension verstanden werden. Missionierungsdenken, "Kreuzzugsmentalität" oder Propaganda vom "Kampf der Kulturen" sind nicht hilfreich, zumal auch immer die Gefahr besteht, bestimmte Phänomene selbst herbeizureden, oder einen Feind zu generieren, den es vorher gar nicht gab.

#### **4. Fazit**

##### *Beitrag DEU / Europas*

In der Auseinandersetzung mit dem IIT herrscht im Bezug auf die übergeordnete Zielsetzung weitgehende Einigkeit, auch im transatlantischen Bereich. Auf der militärischen Mittelebene bieten sich diesbezüglich eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten. Stabilisierungseinsätze wie in Afghanistan oder militärische Ausbildungshilfe im Rahmen von "SSR" oder "Nation Building" können hier exemplarisch genannt werden.

Die Möglichkeiten, welche Deutschland und Europa in die Gesamtauseinandersetzung einbringen können, werden dabei umso größer, je mehr der geistig/ideologische Kontext und die Akteure des Terrorismus mit betrachtet werden. Durch die sowohl geographisch, als auch historisch und kulturell wesentlich größere Nähe des "alten Kontinents" zur islamischen Welt, verstärkt durch eine Vielzahl von Verflechtungen, sowie große muslimische "Minderheiten" in vielen europäischen Staaten, verfügen DEU und Europa in dieser Hinsicht über ein spezifisches Maß an "kultureller Prägung und Kompetenz". Diese können insbesondere in der geistig/ideologischen Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus zur Geltung gebracht werden. Zusammen mit den stärker materiell/militärisch ausgerichteten Fähigkeiten der USA könnte so ein schlagkräftiger "Wirkungsverbund" entstehen. Dieser kann zudem durch die diplomatischen Möglichkeiten Europas, welches in der islamischen Welt nicht mit ganz so großen Vorbehalten gesehen wird wie das "Feindbild" USA, politisch sinnvoll flankiert werden.

##### *Gemeinsames Grundverständnis als Katalysator*

Voraussetzung für all dies ist jedoch ein gemeinsames Grundverständnis hinsichtlich des Phänomens des internationalen islamistischen Terrorismus und ein Minimalkonsens hinsichtlich der Bedrohungsperzeption. Hiervon, weniger von militärpolitischen Einzelmaßnahmen, könnte zudem eine "Katalysatorwirkung" für die transatlantischen Beziehungen ausgehen. Nur dadurch ließe sich der gegenwärtige transatlantische Wahrnehmungs- und Bewertungsunterschied bezüglich des IIT relativieren und ein größeres Verständnis für die je unterschiedliche Perspektive des Partners entwickeln.

##### *Grenzen militärpolitischer Möglichkeiten*

Trotz der vielfältigen Möglichkeiten und Ansatzpunkte, welche sich im militärpolitischen Bereich

hinsichtlich einer Auseinandersetzung mit dem IIT ergeben, darf die Erwartungshaltung diesbezüglich nicht zu hoch angesetzt werden. Da Terrorismus eine ressortübergreifende ganzheitliche Herausforderung darstellt, sind die Mittel und Möglichkeiten der Militärpolitik naturgemäß nur ein Ausschnitt des Gesamtspektrums. Da zudem die entscheidende Dimension dieser Art der Auseinandersetzung auf der geistig/ideologischen Ebene zu sehen ist, wird klar, dass militärpolitische Instrumente, trotz ihrer prinzipiellen Sinnhaftigkeit, in diesem Zusammenhang nur begrenzte Wirkung entfalten können. Ihre Möglichkeiten müssen daher im Gesamtkontext gesehen und bewertet werden. Ohne eine in sich stimmige, auf einem gemeinsamen Grundverständnis beruhende, politische Gesamtstrategie zur Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus wird zudem auch diese Wirkung weit hinter dem zurückbleiben, was möglich wäre.

#### *Ausblick*

Vielleicht besteht daher der wirksamste Beitrag, der in der Auseinandersetzung mit dem IIT gegenwärtig gefordert ist, in entsprechenden Impulsen zur Entwicklung eines gemeinsamen Grundverständnisses über das Phänomen des internationalen, islamistischen Terrorismus als Voraussetzung für eine kohärente Gesamtstrategie auf politischer Ebene

*Major Johann Schmid, Berlin*

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

## THEMEN

### Sicherheit für Deutschland

Nach der unerwarteten Aufmerksamkeit, die der Sicherheitspolitik im Bundestagswahlkampf 2002 zuteil wurde, nimmt das Thema in diesem Sommer voraussichtlich wieder den üblichen, eher nachgeordneten Stellenwert ein. Die

von vielen Seiten geforderte Diskussion über die inhaltliche Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik und der damit verbundenen Ruf nach Formulierung einer deutschen Sicherheitsstrategie werden dadurch ausbleiben. Abgesehen von wenigen Hinweisen der Opposition, wird kaum debattiert, wie Deutschlands nationale Sicherheitsarchitektur als Folge der neuen Sicherheitslage verändert werden muss. Das ist das eigentliche Problem, denn die Fähigkeit des "sicherheitspolitischen Apparats", adäquate Sicherheitsstrategien zu entwickeln und umzusetzen, ist für die politische Relevanz eines Staates entscheidend. Darin liegt denn auch die übergeordnete Bedeutung der Auseinandersetzung mit Fragen der nationalen Sicherheitsarchitektur.

Es sind im Wesentlichen drei Entwicklungslinien, die eine eingehende Auseinandersetzung mit der Reform der nationalen Sicherheitsarchitektur erfordern. Erstens löst das neue Risikobild die traditionelle Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit und die darauf basierende Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen den Sicherheitsorganisationen und ihren Kräften zusehends auf. Das zeigt sich exemplarisch an der Debatte über die mögliche Rolle der Bundeswehr zur Verbesserung der umfassenden Sicherheitsvorsorge (Homeland Security) oder an der Übernahme von Auslandseinsätzen durch die Bundespolizei. Begleitet wird diese Entwicklung, zweitens, durch internationale Initiativen, die eine stärkere Verflechtung der staatlichen Wirkmittel anstreben. Dazu zählen beispielsweise die integrierten Wiederaufbauteams in Afghanistan oder der Aufbau einer zivilmilitärischen Zelle für die Planung und Durchführung integrierter Operationen im Militärstab der Europäischen Union. Die Zusammenführung ziviler und militärischer Mittel auf der internationalen Ebene ist allerdings ohne entsprechende Vorbereitung auf der nationalen Ebene erfolgreich zu bewältigen und wirkt sich daher zwangsläufig auf die Organisation der nationalen Sicher-

heitsarchitektur aus. Drittens betonen der Prozess der Transformation und die damit verbundenen Prinzipien der wirkungsorientierten Operationsführung und der sicherheitspolitischen Vernetzung betonen die Notwendigkeit ressortübergreifender Ansätze und zeigen damit die Grenzen der bisherigen Ressortzuständigkeiten deutlich auf.

Eine neue Bundesregierung wird sich diesen Überlegungen parallel zur Auseinandersetzung mit der Zukunft der Wehrpflicht angesichts der demografischen Veränderungen<sup>3</sup> sowie der Mittelzuweisung an die einzelnen staatlichen Sicherheitsakteure stellen müssen. Welche Überlegungen mit Blick auf die Neuordnung der nationalen Sicherheitsarchitektur im Zentrum stehen sollten, wird in der Folge anhand von grundsätzlichen Überlegungen zur Ausgestaltung moderner Sicherheitspolitik sowie vier inhaltlichen Schwerpunkten erläutert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass seit 2001 bereits zahlreiche Maßnahmen im juristischen Bereich (z.B. Luftsicherheitsgesetz, Terrorismusbekämpfungsgesetz), in konzeptioneller (z.B. Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland) sowie in organisatorischer Hinsicht (z.B. Maßnahmen zur besseren Koordinierung, zur Warnung der Bevölkerung und zur Ausstattung der Sicherheitskräfte) eingeleitet worden sind. Diese sind in zweierlei Hinsicht kritisch zu bewerten: Erstens folgen die bisherigen Maßnahmen vorwiegend einem ressortspezifischen Ansatz, der sich auf die Behörden und Organisationen im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums (BMI) konzentriert. Die davon ausgehenden Konsequenzen für die anderen Ressorts und die Rückwirkungen auf das BMI, die sich aus deren Konzepten und Maßnahmen ergeben, bleiben dadurch weitgehend unberücksichtigt. Zweitens überwiegt die Beschäftigung mit Maßnahmen, die unmittelbar vollzugs- bzw. umsetzungsrelevant sind. Aus beiden Aspekten resultiert die Gefahr, dass die Optimie-

<sup>3</sup> Griephan Briefe, Nr. 16 vom 18. April 2005, S. 1.

rung des Gesamtsystems vernachlässigt wird. Darunter leiden insbesondere die sowieso schon schwach ausgeprägten Fähigkeiten zur ressortübergreifenden Analyse sicherheitspolitischer Risiken und der darauf abgestützten, ressortgemeinsamen Definition sicherheitspolitischer Strategien sowie die ressortübergreifende Steuerungsfunktion.

## Grundsätze

Sicherheitspolitik ist Politik für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands. Diese Sicherheit ist durch neue Herausforderungen im In- und Ausland gefährdet. Bestehende Konzepte reichen als Antwort auf die neuen Sicherheitsherausforderungen nicht länger aus. Will der Staat seine Handlungsfähigkeit gewährleisten und damit seine Glaubwürdigkeit und Legitimität in den Augen der Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten, muss er seine Sicherheitspolitik von Grund auf neu konzipieren. Moderne Sicherheitspolitik muss daher

- *umfassend* sein, indem sie neben den vielfältigen Ursachen aktueller Risiken ebenso systematisch die staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in die Analyse und Bewertung dieser Risiken sowie in die Entwicklung adäquater Strategien zu deren Bewältigung einbezieht;
- *vorausschauend* sein, indem sie künftig mögliche Entwicklungen mit Hilfe unterschiedlicher Methoden (z.B. Szenarien, Simulationen) identifiziert, die damit verbundenen Konsequenzen analysiert und daraus den Handlungsbedarf in der Gegenwart ableitet;
- *gesamtstaatlich geführt* werden, indem Sicherheitsstrategien unter Einbezug der genannten Akteure ressortübergreifend erarbeitet und über gemeinsam bereitgestellte Mittel umgesetzt werden;
- *lernend* angelegt sein, damit es möglich ist, die vorhandenen Strategien, die Strukturen und Prozesse sowie die Kompetenzen, Fähigkeiten und Mittel, die den Sicherheitskräf-

ten zur Verfügung stehen, laufend an veränderte Lageentwicklungen im In- und Ausland anzupassen;

- *kommunikativ aktiv* vorbereitet und begleitet werden, um den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, welche Risiken Deutschland mit welchen Maßnahmen bewältigen muss und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Sicherheit kann heute nur noch in enger Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf der nationalen und internationalen Ebene gewährleistet werden. Die Umsetzung der geforderten Neuausrichtung bedingt weit reichende Reformmaßnahmen, die alle drei Bereiche gleichermaßen berücksichtigen müssen. Diese müssen darauf ausgerichtet sein, die gesamtstaatliche Führungskompetenz sicherzustellen, die Fähigkeiten der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) zu stärken, einen strategischen Dialog mit der Wirtschaft in Sicherheitsfragen zu initiieren und die Bevölkerung besser auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten.

### Schwerpunkt 1: Gesamtstaatliche Führungskompetenz sicherstellen

Die Zuständigkeit für sicherheitsrelevante Aufgaben ist heute auf zahlreiche Akteure verteilt; gleichzeitig gibt es neue Aufgaben, die bislang "institutionell heimatlos" sind, weil sie in den Zuständigkeitsbereich verschiedener Ressorts fallen und daher von niemandem richtig wahrgenommen werden. Sicherheitspolitik wird daher nicht als gesamtstaatliche Aufgabe wahrgenommen, sondern ist vielmehr Ausdruck dessen, was als kleinster gemeinsamer Nenner in der Absprache zwischen den Ressorts konsensfähig ist. Um dieses Defizit zu beheben, reicht die Forderung nach einer nationalen Sicherheitsstrategie für Deutschland alleine nicht aus. Ebenso unerlässlich sind weit reichende Reformmaßnahmen auf der gesamtstaatlichen Ebene sowie der politische Wille, sich der vorhandenen Instrumente und Strukturen effektiv zu be-

dienen. Folgende Maßnahmen sollten ins Auge gefasst werden:

- Der *Bundessicherheitsrat* (BSR) wird als *Strategieorgan* eingesetzt und durch eine *Lenkungsgruppe BSR ergänzt*. Sicherheitspolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und muss entsprechend von der Bundesregierung als solcher wahrgenommen werden. Als sicherheitspolitisches Strategieorgan soll der BSR die Bundesregierung beraten. Zu diesem Zweck wird der bisherige Teilnehmerkreis<sup>4</sup> erweitert. Mögliche Kandidaten für die Erweiterung sind insbesondere die Ressorts Gesundheit und soziale Sicherung, Bildung und Forschung, Verbraucherschutz und Landwirtschaft sowie Verkehr, Bau und Wohnungen.<sup>5</sup> Zudem sollte der BSR mit einem Unterbau ausgestattet werden, der die Leistungsfähigkeit auf der strategischen Ebene sicherstellt. Dazu wird neu die "Lenkungsgruppe BSR" eingerichtet, der Vertreter aus den BSR-Ressorts angehören. Die Lenkungsgruppe erarbeitet ressortübergreifend die Konzepte zur Umsetzung der nationalen Sicherheitsstrategie, koordiniert deren Implementierung und stellt das Controlling sicher. Bereits bestehende Ressortkreise (wie z.B. der Ressortkreis zum "Aktionsplan Krisenprävention") werden der Lenkungsgruppe zur Zusammenarbeit zugewiesen. Ferner ist die Lenkungsgruppe auch zuständig für die ressortübergreifende Fähigkeitsanalyse und -planung sowie für die ressortübergreifende Ressourcensteuerung.<sup>6</sup> Um die

<sup>4</sup> Leitung: Bundeskanzler, Teilnehmer: Chef Kanzleramt, Minister des Äußeren, der Verteidigung, der Finanzen, des Inneren, der Justiz, der Wirtschaft sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung.

<sup>5</sup> Die darüber hinaus gehende personelle Erweiterung des BSR ist situations- und themenspezifisch zu regeln, wobei insbesondere dem regelmäßigen Austausch mit der Wirtschaft und der Wissenschaft besondere Bedeutung zu schenken ist.

<sup>6</sup> Hierzu könnte ein nationaler Sicherheitskoordinator eingesetzt werden, der dem Chef des Bundeskanzleramts unterstellt wird und die operative Koordinierung zwischen den Ressorts sowie mit sicherheitsrelevanten Dritten gewährleistet.

konsequente ressortübergreifende Vernetzung zu fördern, ist es erforderlich, in den einzelnen Ressorts konzeptionell ausgerichtete Planungseinheiten zu schaffen, die die gesamtstaatliche Transformation, die über BSR und Lenkungsgruppe BSR angelegt wird, ressortspezifisch präzisieren und begleiten können.

- Die Fähigkeit zur Erarbeitung, Umsetzung, Überprüfung und Weiterentwicklung sicherheitspolitischer Strategien auf der Stufe des BSR setzt voraus, dass die *strategische Beurteilungsfähigkeit* gestärkt wird. Zu diesem Zweck wird auf Stufe BSR bzw. Lenkungsgruppe BSR ein ebenenübergreifendes Lagebild aufgebaut, das die Führung aller staatlichen und nichtstaatlichen Kapazitäten erlaubt.<sup>7</sup> Einsatzbezogen verschafft dieses Lagebild den an einer Operation beteiligten Akteuren jederzeit einen umfassenden Überblick über die im Einsatz befindlichen eigenen (und gegebenenfalls auch fremden) Kapazitäten und fördert dadurch das ressortübergreifende Lagebewusstsein. Die zivilen Sicherheitskräfte und die Wirtschaft werden ebenso in dieses Lagebild eingebunden wie die Bundesländer. Dadurch kann ein einheitliches, gesamtstaatliches Instrument für die normale und die außerordentliche Lage geschaffen werden.
- Zur Unterstützung der lagebildbasierten Koordinierung wird ein *gesamtstaatliches Einsatzleit- und Kommunikationssystem* aufgebaut. Dieses umfasst alle Ebenen des föderalen Bundesstaates, schließt die zivilen und die militärischen sowie die staatlichen und die privaten Sicherheitskräfte ein und bildet damit das Rückgrat für die Anwendung der vernetzten Operationsführung als Basisprinzip der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge.<sup>8</sup>

- Das gegenwartsorientierte Lagebild wird durch ein *systematisch erarbeitetes Zukunftsbild* ergänzt. Mit Hilfe von Szenarien, Modellbildung und Simulation sowie anderer Verfahren der Zukunftsanalyse sollen sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen frühzeitig identifiziert und auf ihre möglichen Konsequenzen für die eigene Sicherheitspolitik überprüft werden. Diese Informationen fließen in die sicherheitspolitische Strategiedefinition ein. Hierfür wird durch die Lenkungsgruppe BSR zusätzlich eine gesamtstaatliche OSINT-Strategie erarbeitet, die Zuständigkeiten, Instrumente und Verfahren zur systematischen Auswertung offener Quellen definiert und damit deren Erschließung ressortübergreifend koordiniert.
- Die *Arbeit der Nachrichtendienste* wird über die *Lenkungsgruppe BSR* stärker gesteuert. Die gesamtstaatliche Beurteilung der aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Lage und ihrer Entwicklung wird neu über dieses Gremium abgewickelt. Hierzu werden die Rohinformationen der Dienste gemeinsam mit der Information aus offenen Quellen ressortübergreifend ausgewertet und beurteilt. Auf Basis der gesamtstaatlichen Bedürfnisse werden die Aufgabenschwerpunkte der Dienste entsprechend festgelegt.
- Sicherheitspolitische Aufgaben sollen *gesamtstaatlich finanziert* werden, d.h. an den In- und Auslandsinsätzen der staatlichen Machtinstrumente wie z.B. Streitkräfte und Polizei sollen sich alle Ressorts beteiligen. Zu diesem Zweck wird ein Sicherheitsbudget definiert, indem die heutigen sicherheitsrelevanten Ausgaben der Bundesregierung in einem gemeinsamen Haushaltsplan konsolidiert werden. Dieses Sicherheitsbudgets wird vom

BSR mit Unterstützung der Lenkungsgruppe BSR und den Ressorts erarbeitet.

- Sicherheitspolitische *Entscheidungssträger* müssen *umfassend befähigt* werden. Hierzu ist es sinnvoll, die Position der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) durch eine bessere Abstimmung der Laufbahnplanung der BSR-Ressorts zu stärken. Inhaltlich geht es darum, die Sensibilisierung für die Komplexität des modernen Sicherheitsbegriffs durch den Aufbau fachspezifischer Expertise zu ergänzen. Daher sollen sicherheitspolitische Entscheidungssträger auch im Umgang mit modernen Verfahren und Instrumenten zur Unterstützung der sicherheitspolitischen Planung und Entscheidungsfindung geschult werden. Die Erarbeitung gemeinsamer sicherheitspolitischer Zukunftsszenarien gehört ebenso dazu wie die Durchführung mehrtägiger Simulationen. Diese Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen in ein ressortübergreifendes Personalentwicklungskonzept einfließen. Dieses Konzept sollte neben der Definition von Anforderungsprofilen für ressortübergreifende Aufgaben insbesondere auch ressortübergreifende Laufbahnen definieren, die Anreize für den Wechsel zwischen verschiedenen Ressorts sowie für die Rotation zwischen den Ressorts, der Wirtschaft und der Wissenschaft stärken sowie den Wissens- und Erfahrungsaustausch auf der individuellen und auf der institutionellen Ebene verbessern.

## Schwerpunkt 2: BOS stärken

Die meisten Bürgerinnen und Bürger identifizieren Sicherheit im Alltag mit der Präsenz der Blaulichtorganisationen – Feuerwehr, Polizei, Sanität und andere. Schon heute bewegen sich diese Kräfte jedoch an ihrer Kapazitätsgrenze – ganz zu schweigen von der Bewältigung neuer Gefahrenlagen wie z.B. terroristische An-

eines gesamtheitlichen Sicherheitsansatzes“, in Heiko Borchert (Hrsg.), *Weniger Souveränität – Mehr Sicherheit. Schutz der Heimat im Informationszeitalter und die Rolle der Streitkräfte* (Hamburg: Mittler & Sohn, 2004), S. 147-166, hier S. 153.

<sup>7</sup> Die Schnittstellen zu den bestehenden, ressortspezifischen Lagebildern sind zu klären.

<sup>8</sup> So auch: Thomas Dittler Adolf Neubecker, „Homeland Security und die Notwendigkeit

schläge mit Massenvernichtungswaffen oder grenzüberschreitenden Zwischenfällen. Beim Umgang mit diesen Herausforderungen spielen die Blaulichtorganisationen als "Mittel der ersten Stunde" eine entscheidende Rolle. Insbesondere von ihrer Leistungsfähigkeit hängt es ab, ob und gegebenenfalls in welcher Form andere staatliche Sicherheitsinstrumente wie z.B. die Streitkräfte zum Schutz der Sicherheit im Inland eingesetzt werden. Um die BOS auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten, sind u.a. folgende Maßnahmen erforderlich:

- *Gemeinsame Einsatzleitzentralen sowie digitale Kommunikationsmittel* für alle Blaulichtorganisationen stellen eine zentrale Voraussetzung für die reibungslose Zusammenarbeit zwischen diesen Kräften sowie für die gemeinsame Führung im Einsatz dar. Besonders wichtig ist dabei die Vernetzung mit den militärischen Streitkräften sowie speziellen Sicherheitskräften der Industrie (man denke z.B. an die Feuerwehr von Chemieunternehmen), um alle privaten und staatlichen Sicherheitskräfte aus einer Hand führen zu können.
- Die *Ausbildung* der Angehörigen der Blaulichtorganisationen muss stärker auf das neue Risikobild ausgerichtet werden, insbesondere um die ressortübergreifende Zusammenarbeit unter den spezifischen Herausforderungen z.B. terroristischer Anschläge mit konventionellen und mit Massenvernichtungsmitteln zu trainieren. Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters der meisten modernen Sicherheitsrisiken ist diese Ausbildung in enger Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn zu koordinieren.
- Das *Gerät* der Blaulichtorganisationen sollte *erneuert* und weitgehend *standardisiert* werden, wobei die Anforderungen aus den neuen Sicherheitsrisiken besonders zu beachten sind. Soweit möglich, ist dieses neue Gerät gemeinsam zu beschaffen, um knappe öffent-



## Weltraum und Transformation

Mit "Europas Zukunft zwischen Himmel und Erde" beschäftigen sich die Autoren im vierten Band der von Ralph Thiele und Heiko Borchert herausgegebenen Reihe "*Vernetzte Sicherheit*". Das Anliegen: Im Rahmen der laufenden Transformationsprozesse muss der Stellenwert des Weltraums signifikant gesteigert werden. Der Grund: Indem weltraumgestützte Fähigkeiten die globale Reichweite mit der jederzeitigen Möglichkeit zur lokalen Einwirkung verbinden, spielen sie eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der europäischen Ambitionen. Die Autoren fordern u.a. einen industriestrategischen Ansatz für den Weltraum, der sich insbesondere durch die ressortübergreifende Identifizierung des weltraumbezogenen Bedarfs und entsprechende Umsetzungsprojekte zum Erhalt und Ausbau technologischer Kernkompetenzen auszeichnet, die Entwicklung weltraumgestützter Fähigkeiten, die europäische Harmonisierung in Bereichen wie Beschaffung, Herstellung, Betrieb und Unterhalt sowie die bessere Nutzung des Industriepotenzials im Rahmen von Public-Private-Partnerships.

"*Vernetzte Sicherheit*" erscheint ab Band 4 im Nomos-Verlag und wird neu auch elektronisch vertrieben. Die neue Website [www.vernetztesicherheit.net](http://www.vernetztesicherheit.net) stellt für jeden Band weiterführende Informationen zur Verfügung und ermöglicht Online-Bestellungen. Für das laufende Jahr sind zwei weitere Bände zur nachrichtendienstlichen Kooperation und Koordination sowie zur Rolle der Politik in der Transformation vorgesehen.

- liche Mittel möglichst effizient einzusetzen. Wie bei der Ausbildung, sollte die Koordinierung mit internationalen Partnern auch hier eine wichtige Rolle spielen, denn die Fähigkeit zur Zusammenarbeit wird im Einsatz ganz wesentlich durch das reibungslose technische Zusammenspiel der eingesetzten Geräte bestimmt.
- Die Leistungsfähigkeit der bestehenden *Datenbanken* sollte gesteigert, bestehende Interoperabilitätsprobleme, die den reibungslosen Datenaustausch behindern, behoben werden. Rechtliche Hürden, die dem umfassenden Informationsaustausch insbesondere zwischen den BOS und den Nachrichtendiensten entgegenstehen, sollten im Lichte des neuen Risikobildes beurteilt und gegebenenfalls abgebaut werden.<sup>9</sup>

- Die *Planungsprozesse und -methoden* der BOS müssen überprüft und angepasst werden, um den Übergang zur Fähigkeits- und Wirkungsorientierung sicherzustellen sowie die gemeinsame Beschaffung von Geräten zu ermöglichen. Angesichts der föderalen Struktur ist dies eine besondere Herausforderung. Zu überlegen ist daher, ob analog zu dem bestehenden Zentrum für Transformation der Bundeswehr ein BOS-Transformationszentrum eingerichtet<sup>10</sup> oder die bestehende Einrichtung zu einem "Zentrum für gesamtstaatliche Transformation" erweitert wird. In beiden Fällen ist es entscheidend, dass die neue Einrichtung insbesondere die Fähigkeitsanalyse und -planung in enger Abstimmung mit der Lenkungsgruppe BSR durchführt, um die Konsistenz über die verschiedenen Ebenen sicherzustellen.

<sup>9</sup> So können in den USA z.B. die Polizei im Inland und die Streitkräfte in den Einsatzgebieten auf die umfangreiche Fingerabdruckdatei des FBI zugreifen. Siehe: „War Zones Link to FBI's Fingerprint Database“, FBI Press Release, 27. Juni 2005,

<<http://www.fbi.gov/page2/june05/iafis062705.htm>> (Zugriff: 1. Juli 2005).

<sup>10</sup> Dittler/Neubecker, a.a.O., S. 161 f.

### Schwerpunkt 3: Strategischen Sicherheits- dialog mit Wirtschaft initiieren

Der systematische Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft in Sicherheitsfragen werden immer wichtiger. Erstens kann die Wirtschaft durch ihr eigenes Verhalten in potentiellen Krisenregionen wesentlich zur Entschärfung der Konfliktlage bzw. zur Stabilisierung beitragen, indem sie z.B. Investitionen in solchen Gebieten gezielt fördert und Maßnahmen zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft einleitet. Zweitens sind es die Unternehmen, die über die Expertise zur Bereitstellung der erforderlichen sicherheitspolitischen Fähigkeiten verfügen. Und drittens werden insbesondere multinational tätige Unternehmen im Inland und im Ausland verstärkt zu Zielscheiben des internationalen Terrorismus und müssen daher ihre eigenen Sicherheitsanstrengungen verstärken, um die damit verbundenen Risiken abzusichern.

Der strategische Sicherheitsdialog mit der Wirtschaft soll die zu berücksichtigenden Aspekte in einem gesamtheitlichen Rahmen zusammenführen. Im regelmäßigen Austausch zwischen der Bundesregierung, den Wirtschaftsverbänden und den Unternehmen geht es dabei einerseits um die Förderung des Risikodialogs. Hier werden die mögliche Gefährdung im In- und Ausland bzw. in potenziellen Zielmärkten diskutiert sowie Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung und zur Verbesserung der Sicherheitsvorsorge auf der staatlichen und auf der unternehmerischen Seite besprochen sowie aufeinander abgestimmt. Gemeinsame Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen, beispielsweise unter Einbezug der auf die Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit ausgerichteten BAKS, sollen zur gegenseitigen Sensibilisierung beitragen. Gewonnene Erkenntnisse sollen durch Simulationen und Übungen auf ihre Praxistauglichkeit überprüft werden.

Begleitet wird dieser Risikodialog andererseits durch einen Wissenschafts- und Technologiedialog. In seinem Zentrum steht die Identifizierung industrieller und wissenschaftlicher Schlüsselkompetenzen, die z.B. im Zuge der neuen EU-Sicherheitsforschung von der Bundesregierung und der Industrie als zukunftssträchtige Kompetenzcluster aufgebaut werden. Dabei spielen insbesondere Dual Use-Anwendungen, die für den Verteidigungs- und für den Sicherheitsbereich gleichermaßen relevant sind, eine besondere Rolle. Ebenso geht es darum, die mit staatlichen Mitteln geförderten Kompetenzcluster in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wettbewerbs- und exportfähig zu machen.

### Schwerpunkt 4: Gesellschaft besser auf neue Herausforderungen vorbereiten

Moderne Sicherheitsrisiken sind hoch komplex, diffus und nur schwer "greifbar". Gleichzeitig muss der Staat seine Sicherheitsinstrumente in neuen Umfeldern einsetzen (z.B. in Krisenregionen, die fern der Heimat liegen) bzw. an die neuen Herausforderungen anpassen. Sicherheitspolitik, die den Bürgerinnen und Bürgern dienen soll, muss deshalb nicht nur auf deren Unterstützung zählen können – sie muss diese auch stärker als bislang einbeziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Reformmaßnahmen in drei Bereichen ansetzen:

- *Sicherheitspolitik ist eine "Informationsbringschuld" der Regierung, d.h. sie muss aktiv über die Notwendigkeit und die konkrete Ausgestaltung der Sicherheitspolitik informieren. Bislang verharrt die sicherheitspolitische Kommunikation im Abwarten, ist einzel- bzw. krisenbezogen, d.h. informiert wird nur dann, wenn es in der Regel schon zu spät ist. Moderne Sicherheitspolitik erfordert dagegen eine proaktive und strategische Grundausrichtung der Informationsarbeit mit Blick auf die Förderung des Verständnisses für Sicherheitspolitik und die*

breite gesellschaftliche Unterstützung derselben. Die Bundesregierung ist gefordert, die sicherheitsrelevante Agenda für die nationale und internationale Kommunikationsarbeit zu definieren. Dabei geht es insbesondere um die kommunikative Verankerung der Positionen der Bundesregierung sowie um die Projektion jenes Selbstbildes, das Deutschlands Ambitionen insbesondere im internationalen Umfeld adäquat darstellt.

- *Die Bevölkerung benötigt Informationen zum Umgang mit neuen Risiken. Noch kann die Bevölkerung mit den neuen Sicherheitsrisiken nicht richtig umgehen. Das ist angesichts der Komplexität der neuen Herausforderungen nicht weiter überraschend. Auch hier ist demzufolge ein Umdenken mit Blick auf die Kommunikationsarbeit erforderlich. So wie in den Massenmedien in den letzten Jahren z.B. das Bewusstsein für körperliche Fitness und gesunde Ernährung gefördert wurde, ist auch das Verständnis für sicherheitsrelevante Themenstellungen auf- und auszubauen. Wichtig sind dabei insbesondere die Vermittlung von Informationen über den Ursprung und den Charakter der neuen Risiken sowie möglicher Gegen- und Schutzmassnahmen, die die Bürgerinnen und Bürger im Alltag ergreifen können. Zusätzlich sollten Übungen nicht nur auf Entscheidungsträger beschränkt bleiben, sondern ebenfalls die Bevölkerung einbeziehen, wie das beispielsweise in Japan im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf Erdbeben der Fall ist.*
- *Bildung ist ein sicherheitspolitischer Schlüsselbereich. Aus diesem Grund sollte insbesondere die Ausbildung der Jugendlichen durch sicherheitsrelevante Aspekte ergänzt werden. Kommunikation ist ein entscheidendes Mittel zum Aufbau von Vertrauen. Deshalb erscheint es sinnvoll, die Sprachkompetenz der Jugendlichen über das "klassisch" europäische Repertoire hinaus durch zusätzliche*

Kenntnisse in arabischen und auch asiatischen Sprachen zu erweitern sowie die entsprechenden Kulturkreise bei Austauschjahren und -projekten besonders zu berücksichtigen. Gleiches gilt auch für die Förderung des Verständnisses anderer Religionen und Gesellschaftsmodelle. Und schließlich sollten die Bemühungen zur Förderung der Mediation als neuer Ansatz der Konfliktbeilegung stufengerecht in das Schulprogramm aufgenommen werden. Im Bereich der Erwachsenenbildung sollte das Verständnis für die genannten Inhalte ebenfalls gefördert werden, wobei vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität entsprechender Angebote erforderlich sind, damit sich Menschen, die im Arbeitsleben stehen, die Zeit für diese Weiterbildung nehmen. In Absprache mit den Arbeitgebern kann dies z.B. über neue Modelle der zeitlich befristeten Freistellung bzw. Kompensation erfolgen oder über die Zertifizierung solcher Ausbildungsangebote, damit die Mitarbeitenden zusätzliche Qualifikationen erwerben. Ebenso denkbar sind finanzielle Anreizsysteme, z.B. für Unternehmen, die in diesen Markt der sicherheitsrelevanten Aus- und Weiterbildung für die Bevölkerung investieren wollen oder solche Kurse im eigenen Betrieb anbieten.

*Dr. Heiko Borchert, Luzern*

Der Verfasser leitet ein sicherheitspolitisches Beratungsunternehmen und ist Mitherausgeber der Schriftenreihe *Vernetzte Sicherheit* ([www.vernetzte-sicherheit.net](http://www.vernetzte-sicherheit.net)). Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

## THEMEN

### Felix Germania

Freue Dich, lendenlahmes und konjunkturschwaches Deutschland: Du streitest über Mehrwertsteuer, Riester-Rente und Kündigungsschutz. Wäre die Welt nicht froh, wenn sie diese Probleme hätte?

Denn auf der globalen Agenda des 21. Jahrhunderts stehen andere Fragen: Welche geopolitischen Auswirkungen hat das globale Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum? Wo und wie wird der Energie- und Rohstoffhunger Chinas und Indiens gesättigt? Können die globalen Verteilungskämpfe der nächsten Jahre überhaupt noch friedlich gelöst werden?

Zur Erinnerung: Bis 2015 wird der globale Energiebedarf um rund 30 % und bis 2025 um rund 50 % des heutigen Bedarfs steigen. China und Indien allein erheben Anspruch auf die Hälfte des in den nächsten 20 Jahren erwarteten Energiezuwachses.

Sicherlich: Optimistische Szenarien gehen davon aus, dass sich der Öldurst Chinas und Indiens noch bis 2030 durch eine Verdoppelung der Tagesproduktion Saudi-Arabiens und des Irak stillen lässt. Aber was geschieht, wenn auf der arabischen Halbinsel und im Zweistromland die Hoffnung auf jeweils 15-20 Mio. Barrel pro Tag enttäuscht wird?

Und selbst das optimistische Zukunftsszenario wird von dramatischen weltpolitischen Veränderungen begleitet. Gleichgültig unter welcher Regierung: Die USA werden ihren exklusiven Zugang zum Erdöl des Greater Middle East verteidigen, Konkurrenten bleibt der Zugang zu dieser vitalen amerikanischen Interessensphäre verwehrt.

Um ihre geopolitische Schlüsselposition im Greater Middle East in den nächsten 30 bis 60 Jahre zu sichern, sind die ständige Modernisierung der US-Streitkräfte und ihre militärische Überlegenheit gegenüber dem Rest der Welt für

Washington unverzichtbar. In der permanenten *revolution in military affairs* und dem Krieg gegen den Terrorismus findet die Geopolitik der USA ihre strategische Orientierung und operative Anwendung.

China, bereits heute nach den USA zweitgrößter Erdölimporteur, wird seine Erdöleinfuhren bis 2030 um 400 % steigern und damit in 25 Jahren genauso viel Erdöl importieren wie die USA heute. Aus diesem Grund verfolgt Peking drei geopolitische Optionen, die sich nicht ausschließen, sondern gegenseitig ergänzen: Wenn irgend möglich Erschließung der Erdöl- und Gasreserven Zentralasiens und Russlands, Diversifizierung durch Kooperation mit afrikanischen Erdölstaaten wie Angola und Sudan, Zusammenarbeit mit Golfanrainern wie Iran.

Schon heute aber zeichnen sich mit Blick auf den Sudan und den Iran die Konfliktfelder amerikanisch-chinesischer Rivalität im asiatisch-afrikanischen Übergangserdraum deutlich ab. Und nicht ohne Grund stellte Robert Kaplan in der Juni-Ausgabe des *Atlantic Monthly* die Frage: "How would we fight China?" Darüber spricht die US-Elite im Sommerurlaub auf Martha's Vineyard oder in Maine.

Und Europa? Alle reden von Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik – und das ist gut so. In Wahrheit aber gibt es bis heute keine gemeinsame, langfristig angelegte Strategie zur Sicherung der europäischen Energieversorgung. Zu unterschiedlich sind die nationalen Energiebilanzen der EU-Mitgliedstaaten und ihre Abhängigkeit von diversen Lieferländern. Hinzu kommen ideologische Vorgaben: Das deutsche "Atomkraft, nein danke!" schließt im Kern eine gemeinsame Energiepolitik mit dem nuklearpolitisch aktiven Partner Frankreich ebenso aus wie eine im plutarischen Maßstab konzipierte gemeinsame Sicherheitsdoktrin.

Und Deutschland? Felix Germania: Von Hans-Ulrich Wehler hast Du den "Primat der Innenpolitik"

gelernt und Jürgen Habermas hat Dir geraten, vor "geopolitischem tam-tam" die Ohren zu verschließen. Zuerst hast Du die norddeutsche Tiefebene mit Windrädchen gespickt, als nächstes werden bayerische Almdächer mit Sonnenkollektoren gepflastert. "Weg vom Öl" fordern Wahlplakate. Dream on Baby: Spätestens wenn's kalt wird und im Winter Schnee auf die Kollektoren fällt, wirst Du Dir die Augen reiben.

Denn eine isolierte deutsche Innenpolitik oder eine von kleinen Klientelgruppen bestimmte Energiestrategie hat keine Zukunft mehr: Der Strom kommt eben nicht aus der Steckdose, das Öl nicht aus der Tanke von nebenan, sondern aus den Ölfeldern Arabiens.

Diese banalen Tatsachen wurden in Deutschland von Politikern und Öffentlichkeit lange verdrängt. Energiepolitik als Teil der Umwelt-, nicht der Sicherheitspolitik definiert. Den Geopolitikern und Strategen in Washington und Peking, in Moskau, London und Paris aber war nur zu bewusst, dass es sich primär um eine sicherheitspolitische Aufgabe handelte. Und sie planten entsprechend. In einer Welt, die den akademisch gekünstelten, in Deutschland hoch gehaltenen Gegensatz von Innen- und Außenpolitik nicht kennt, sondern Politik ganzheitlich begreift, wird geopolitisch langfristig gedacht und international vernetzt in großen Räumen jenseits des Nationalstaats gehandelt.

Washington und Peking, Moskau, London und Paris verstehen Politik nicht diskursiv, sondern betreiben sie handlungsorientiert. Planungs- und Entscheidungsprozesse werden dort institutionell vernetzt und münden konzeptionell in eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie. Für die Herausforderungen und Auseinandersetzungen der vor uns liegenden Jahre sind die ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats zumindest geistig gerüstet.

Und unser Land? Schon die Vorstellung, eine integrierte und europäisch vernetzte Sicherheitspo-

litik falle unter die Richtlinienkompetenz des Kanzlers, löst innenpolitischen Protest aus. Der Gedanke, die langfristige Sicherung der deutschen Energieversorgung im europäischen Verbund sei als zentrale Aufgabe gesamtgesellschaftlicher Daseinsvorsorge ressortübergreifende "Chefsache", stößt auf Unverständnis.

Keine Frage also: Die Menschen der drittgrößten Volkswirtschaft der Erde haben sich alleine oder in Kleingruppen auf den steilen Abstieg aus den Höhen der Weltpolitik begeben. Sie hoffen, im düsteren Tale überwintern zu können. Doch dort wird es eng und kalt, auch mit oder vielleicht gerade wegen Riester-Rente, Sonnenkollektoren, Windrädchen und Kündigungsschutz. Felix Germania? Armes Deutschland.

*atlanticus*

## IMPRESSUM

### Denkwürdigkeiten

Journal der  
Politisch-Militärischen  
Gesellschaft e.V.

#### Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

#### Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)  
Tel.: 0173-5497942

E-Mail: [info@pmg-ev.com](mailto:info@pmg-ev.com)

Webseite: [www.pmg-ev.com](http://www.pmg-ev.com)

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.

